

Anforderungen an die Gefährlichkeitsprognose nach § 67d Abs. 6 StGB

Problemfelder der Neuregelung aus der Sicht der
Rechtsprechung

Gefährlichkeitsprognose nach § 67d Abs. 6 StGB

- A. Rechtliche Grundlagen der Prognose
- B. Tatsächliche Grundlagen der Prognose
- C. Anforderungen an Gutachten und Stellungnahmen

Rechtliche Grundlagen der Prognose

A. Rechtliche Grundlagen der Prognose

Die Gefährlichkeitsprognose ist wesentlicher Teil der gerichtlichen Prüfung nach § 463 StPO; §§ 67d, 67e StGB, ob

1. die weitere Vollstreckung der Unterbringung gem. § 67d Abs. 2 Satz 1 StGB zur **Bewährung** auszusetzen ist,
 - weil **zu erwarten** ist, dass der Untergebrachte außerhalb des Maßregelvollzugs **keine erheblichen (neu) rechtswidrigen Taten mehr begehen** wird (*Tatsachenfrage*), oder

Rechtliche Grundlagen der Prognose

2. die Maßregel gem. § 67d Abs. 6 Satz 1, 2 StGB für **erledigt** zu erklären ist, weil
 - [die **Voraussetzungen der Maßregel** nicht mehr vorliegen, 1.Alt. (*Tatsachenfrage*/ keine Prognose)]
oder
3. die weitere Vollstreckung der Maßregel **unverhältnismäßig** wäre, § 67d Abs. 6 Satz 1, 2.Alt., StGB (*Rechtsfrage*)
 - was ab einer bestimmten Verweildauer im Maßregelvollzug **vermutet** oder **zwingend** zugrundegelegt wird, § 67d Abs. 6 Satz 2, 3 StGB

Rechtliche Grundlagen der Prognose

a) § 67d Abs. 6 Satz 2 StGB:

Dauert die Unterbringung **sechs Jahre**, ist ihre Fortdauer *in der Regel* nicht mehr verhältnismäßig, wenn nicht die **Gefahr** besteht, dass der Untergebrachte **infolge seines Zustandes erhebliche rechtswidrige Taten begehen** wird, durch welche die Opfer **seelisch oder körperlich schwer geschädigt** werden oder in die **Gefahr einer schweren körperlichen oder seelischen Schädigung** gebracht werden.

Rechtliche Grundlagen der Prognose

- b) § 67d Abs. 6 Satz 3, Absatz 3 Satz 1 *analog* StGB:

Sind **zehn Jahre** der Unterbringung (...) vollzogen worden, so erklärt das Gericht die Maßregel für erledigt, wenn nicht die **Gefahr** besteht, daß der Untergebrachte **erhebliche *rechtswidrige Taten* begehen wird, durch welche die Opfer seelisch oder körperlich schwer geschädigt werden**

Rechtliche Grundlagen der Prognose

Sechs Jahre U.- Dauer:

- erhebliche rechtswidrige Taten, durch welche die Opfer seelisch oder körperlich schwer geschädigt werden
- *oder in die Gefahr einer schweren körperlichen oder seelischen Schädigung gebracht werden*
- *Regelvermutung*

Zehn Jahre U.-Dauer:

- erhebliche rechtswidrige Taten, durch welche die Opfer seelisch oder körperlich schwer geschädigt werden
- *zwingend*

Rechtliche Grundlagen der Prognose

4. **Erledigung der Maßregel und ihre Aussetzung zur Bewährung**
 - a) Sind sechs bzw. zehn Jahre der Unterbringung vollstreckt, **geht die Erledigung der Aussetzung** vor
 - b) Die Fortdauer der Unterbringung ist dann nur noch verhältnismäßig,
 - wenn aufgrund **konkreter und gegenwärtiger Anhaltspunkte**
 - **entgegen der gesetzlichen Vermutung** des § 67d Abs. 6 Satz 2 u. 3 StGB

Rechtliche Grundlagen der Prognose

- die **negative Prognose** gerechtfertigt ist, dass die Gefährlichkeit des Untergebrachten im Sinne einer **Wahrscheinlichkeit höheren Grades**
- für die **erkrankungsbedingte Begehung** erheblicher Straftaten fortbesteht,
- durch welche die Opfer **seelisch oder körperlich schwer geschädigt** werden
- oder (sechs-Jahres-Prüfung) in die **Gefahr einer schweren körperlichen oder seelischen Schädigung gebracht** werden
- eine **lediglich latente Gefahr** reicht nicht aus

Rechtliche Grundlagen der Prognose

- c) Lediglich für den Fall der Bejahung der Verhältnismäßigkeit ist noch Raum für die Prüfung der **Aussetzung der Maßregelvollstreckung** zur Bewährung, § 67d Abs. 2 Satz 1 StGB:
- Wenn [durch **geeignete Maßnahmen im Rahmen der Führungsaufsicht** (§ 67d Abs. 2 Satz 3 StGB)] die Erwartung begründet ist, dass der Untergebrachte außerhalb des Maßregelvollzuges keine erheblichen rechtswidrigen Taten mehr begehen wird

Rechtliche Grundlagen der Prognose

5. **Positive Negativprognose** gem. § 67d Abs. 6 Satz 2, 3 StGB:
 - a) Die **Negativformulierung** „wenn nicht die Gefahr besteht“ begründet ein Regel-Ausnahme-Verhältnis, das die **Erledigung** der Maßregel nicht von einer positiven Prognose, sondern ihre **Fortdauer von einer negativen Prognose abhängig** macht
 - **dies ist bei der Formulierung von Gutachten/ Stellungnahmen unbedingt zu beachten!**

Rechtliche Grundlagen der Prognose

- In vielen Gutachten und Stellungnahmen der Klinik wird dies **übersehen**
- Abgestellt wird dann auf die „klassische“ Prognose nach § **67d Abs. 2 Satz 1 StGB** („wenn zu erwarten ist...“)
- bzw. nach **16 III MRVG NW** („ob eine Entlassung der Patientinnen und Patienten angeregt werden kann.“)
- Derartige Gutachten/Stellungnahmen sind im Rahmen des § 67d Abs. 6 Satz 2, 3 StGB insoweit **unbrauchbar** und müssen nachgebessert werden

Rechtliche Grundlagen der Prognose

- mein Senat arbeitet mit entsprechenden standardisierten **Anschreiben an Gutachter und Kliniken:**
 1. In pp werden Sie um eine ergänzende Stellungnahme zu der Frage gebeten, ob aufgrund konkreter und gegenwärtiger Anhaltspunkte eine Wahrscheinlichkeit höheren Grades für die erkrankungsbedingte Begehung erheblicher Straftaten, durch welche die Opfer seelisch oder körperlich schwer geschädigt oder in die Gefahr einer solchen Schädigung gebracht werden, durch den Untergebrachten besteht. Eine lediglich „latente“ Gefahr reicht insoweit nicht aus.

Rechtliche Grundlagen der Prognose

-
2. Für den Fall der Bejahung der Frage oben 1. wird um weitere Stellungnahme dazu gebeten, ob durch geeignete Maßnahmen im Rahmen einer Aussetzung der Maßregelvollstreckung zur Bewährung die Erwartung begründet werden kann, dass der Untergebrachte außerhalb des Maßregelvollzugs keine erheblichen rechtswidrigen Taten mehr begehen wird.

Rechtliche Grundlagen der Prognose

- Hat das Landgericht (StVK) den richtigen Prognosemaßstab verkannt, wird dies regelmäßig zur **Aufhebung und Zurückverweisung** zur erneuten Prüfung führen

Rechtliche Grundlagen der Prognose

- b) die Gefahr **rein wirtschaftlicher Schäden** kann eine Fortdauer der Unterbringung über die Grenze des § 67d Abs. 6 Satz 2 und 3 StGB hinaus ebensowenig rechtfertigen wie die Gefahr von **Selbstschädigungen**
- **auf derartige Gefahren ist in Gutachten/ Stellungnahmen nicht abzustellen!**
 - **Ganz häufiger Fehler!**

Rechtliche Grundlagen der Prognose

- c) ebensowenig **Beleidigungstaten**, (schlichte) **Nötigungen**, **Nachstellungen** oder ein **Hausfriedensbruch**, die **nicht** mit **schweren aggressiven Übergriffen** einhergehen (häufige Delinquenz des Stalkers)
- So wahnhafte Taten zum Nachteil von **Mitarbeitern von Behörden**
 - Oder aus „**Liebeswahn**“ zum Nachteil von Mitarbeitern sozialer Einrichtungen (Heimen, Kliniken)

Rechtliche Grundlagen der Prognose

- anders bei **massiven und ernsthaften Todesdrohungen**, wenn sie geeignet sind, den Bedrohten nachhaltig und massiv in seinem elementaren Sicherheitsbedürfnis zu beeinträchtigen

B. Tatsächliche Grundlagen der Prognose

Ausgangspunkt ist das **verfassungsrechtliche Gebot der bestmöglichen Sachaufklärung**

1. **Stellungnahme nach § 463 Abs.4 Satz 1 StPO n.F.:**

- Im Rahmen der Überprüfung der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (§ 63 StGB) nach § 67e StGB ist eine gutachterliche Stellungnahme der **Maßregelvollzugseinrichtung einzuholen, in der der Verurteilte untergebracht** ist.
- die Einholung der Stellungnahme ist zwingend („ist einzuholen“)

Tatsächliche Grundlagen der Prognose

- für am 1. August 2016 bereits anhängige Vollstreckungsverfahren allerdings erst **ab dem 1. August 2018** (§ 13 S. 3 StPOEG vom 8.7.2016)
- für diese „Altfälle“ folgt die Einholung der gutachterlichen Stellungnahme der Maßregelvollzugseinrichtung aus der **Pflicht des Gerichts zur Sachaufklärung** (§ 13 Satz 1 2.Hs StPOEG vom 8.7.2016)
- denn auch diejenigen Fortdauerentscheidungen, denen kein (externes) Sachverständigengutachten zugrunde liegt, müssen auf einer **fundierten fachlichen Bewertung** beruhen

Tatsächliche Grundlagen der Prognose

2. Sachverständigengutachten:

- a) nach **jeweils fünf Jahren, ab 01.08.2018 nach jeweils drei Jahren**, ab einer Dauer der Unterbringung von sechs Jahren nach **jeweils zwei Jahren**:
- Der Sachverständige darf weder im Rahmen des Vollzugs der Unterbringung mit der **Behandlung der untergebrachten Person befasst** gewesen sein
 - noch in dem **psychiatrischen Krankenhaus arbeiten**, in dem sich die untergebrachte Person befindet,
 - noch soll er das **letzte Gutachten** bei einer vorangegangenen Überprüfung erstellt haben.

Tatsächliche Grundlagen der Prognose

- Der Sachverständige, der für das **erste Gutachten** im Rahmen einer Überprüfung der Unterbringung herangezogen wird, soll auch nicht das Gutachten in dem Verfahren erstellt haben, in dem die **Unterbringung oder deren späterer Vollzug angeordnet** worden ist
- Mit der Begutachtung sollen nur ärztliche oder psychologische Sachverständige beauftragt werden, die über **forensisch-psychiatrische Sachkunde und Erfahrung** verfügen
- Dem Sachverständigen ist **Einsicht in die Patientendaten** des Krankenhauses über die untergebrachte Person zu gewähren

Tatsächliche Grundlagen der Prognose

- b) Sachverständigengutachten müssen den **Mindeststandards für Prognosegutachten** genügen:
- (1) auf der Grundlage der **Auswertung des Aktenmaterials**,
- der **eingehenden Untersuchung des Probanden** und
 - der **schriftlichen Aufzeichnung des Gesprächsinhalts** und des psychischen Befundes
 - müssen die gewonnenen Ergebnisse gewichtet und in einen **Gesamtzusammenhang** eingestellt werden

Tatsächliche Grundlagen der Prognose

- (2) Erforderlich sind
- klare und vollständig Darlegung der **Anknüpfungs- und Befundtatsachen**
 - Erläuterung der **Untersuchungsmethoden**
 - Offenlegung der **Hypothesen**
 - Ergebnis: nachvollziehbare **Wahrscheinlichkeitsaussage** hs. des künftigen Legalverhaltens
- (3) **Verwendung ungenügender Gutachten** durch das Landgericht (StVK) kann ebenfalls zur Aufhebung und Zurückverweisung führen!

C. Anforderungen an Gutachten und Stellungnahmen gem. § 67e StGB

1. Entscheidend ist zunächst, welche rechtswidrigen Taten **konkret (Tatbild!)** von dem Untergebrachten zu erwarten sind
 - a) hierüber müssen sich Gutachten/ Stellungnahme im Einzelnen verhalten:
 - es müssen konkrete Ausführungen dazu enthalten sein, **ob und welche Art rechtswidriger Taten** von dem Untergebrachten drohen,
 - - knappe allgemeine Wendungen wie „**Taten analog der Einweisungsdelinquenz**“ u.ä. reichen sicher nicht aus – und sind nach mehr als 10 Jahren wenig plausibel

Anforderungen an Gutachten und Stellungnahmen gem. § 67e StGB

- b) Der Senat hat etwa bei einem **Wohnungseinbrecher** entscheidend auf die von ihm zu erwartende konkrete Tatausführung abgestellt:
- Hat er **Vorsorge** getroffen, dass sich keine Menschen in der Wohnung befanden?
 - Vermeidet er die **Konfrontation** mit dem Wohnungsinhaber?
 - reagiert er bei Konfrontation mit dem Wohnungsinhaber **gewalttätig**?

Anforderungen an Gutachten und Stellungnahmen gem. § 67e StGB

- c) Bei **Kindesmissbrauchern** ist die Intensität des zu erwartenden Übergriffs herauszuarbeiten
- Verbunden mit **Gewalt**?
 - Wenn ja, welchen **Ausmaßes**?
 - **Raptusartige Übergriffe** auf zufällige Opfer?
 - **Intensität** der sexuellen Manipulation?
 - Bevorzugte **Sexualpraktiken**?
 - Verbunden mit **Eindringen** in den kindlichen Körper?

Anforderungen an Gutachten und Stellungnahmen gem. § 67e StGB

2. Bedeutsam ist das **Maß der Gefährdung (Häufigkeit und Rückfallfrequenz)**,
 - a) wie hoch ist der Grad der **Wahrscheinlichkeit** zukünftiger rechtswidriger Taten?
 - gegebenenfalls unterschiedlich bezogen auf die **verschiedenen Anlassdelikte** bzw. Anlassdeliktsgruppen
 - die **bloße Möglichkeit** solcher Taten rechtfertigt die weitere Maßregelvollstreckung nicht

Anforderungen an Gutachten und Stellungnahmen gem. § 67e StGB

- auf welchen **Zeitraum** bezieht sich diese Prognose?
- welcher **soziale Empfangsraum** wird der Prognose zugrundegelegt?
- wie ist die Gefährlichkeit des Probanden einzuschätzen, wenn er mangels geeigneter bzw. aufnahmebereiter Einrichtungen und möglicherweise **unvorbereitet bzw. ungelockert etwa in eine Unterkunft für Obdachlose** entlassen werden müsste?

Anforderungen an Gutachten und Stellungnahmen gem. § 67e StGB

- b) Ausgehend von dem **früheren Verhalten** des Untergebrachten und den **bislang von ihm begangenen Taten**,
- sind der heutige **Zustand** des Untergebrachten und die **zukünftig zu erwartenden Lebensumstände** in den Blick zu nehmen:
 - Welche **Protektivfaktoren** gibt es?
 - Welche **Risikofaktoren** gibt es?
 - Hat der Proband den **Umgang mit den Risikofaktoren** gelernt?

Anforderungen an Gutachten und Stellungnahmen gem. § 67e StGB

- c) Insbesondere: welche **Behandlungsmaßnahmen** wurden durchgeführt?
- wie ist der **aktuelle Behandlungsverlauf** ?
 - welche (weiteren) Behandlungs- und **Therapiemöglichkeiten** sollten in Betracht gezogen werden?

Anforderungen an Gutachten und Stellungnahmen gem. § 67e StGB

- welche **Vollzugslockerungen** konnten gewährt werden?
- waren sie **erfolgreich** und
- welche **Lockerungen** stehen an bzw. sind anzuraten?
- welche **Alternativen zur aktuellen Behandlungs- und Unterbringungsform bestehen** (Wohnheim)?
- wie gestaltet sich der Zeitplan für eine etwaige **Entlassungsvorbereitung**?

Anforderungen an Gutachten und Stellungnahmen gem. § 67e StGB

- 3. Maßnahmen der Aufsicht und Hilfe im Rahmen der Führungsaufsicht (§§ 68a, 68b StGB) als weniger belastende Maßnahmen**
- ausreichend, um die **Negativprognose zu erschüttern** oder den **Zweck der Maßregel** zu erreichen?
 - vor allem: Ist der Proband **absprachefähig und compliant?**
- a) Weisungen hinsichtlich der **Wohnsitznahme (Wohngruppe/ Pflegeeinrichtung)**
- b) **Abstinenzweisung**

Anforderungen an Gutachten und Stellungnahmen gem. § 67e StGB

- c) Anbindung an **forensische Einrichtungen**
- d) elektronische **Aufenthaltsüberwachung** (Fußfessel)
- e) Einrichtung einer **gesetzlichen Betreuung**
- f) Zivilrechtliche **Unterbringung nach Betreuungsrecht**
 - aber nur bei **Eigengefährdung** möglich
- c) welche **Entlassungsvorbereitungszeit** ist bei Erledigung trotz fortbestehender Gefährlichkeit geboten?